

Leipzig, den 14. September 2016

## **Einige Bemerkungen zum vorliegenden Entwurf der Wahlstrategie DIE LINKE für die Bundestagswahl 2017**

Wenn die Linkspartei die Bundestagswahlen unbedingt vergeigen will und ihr linkes Profil bis zur Unkenntlichkeit verlieren möchte, dann muss der Bundesvorstand genau dieses Papier verabschieden und zur Richtschur seiner Politik machen. Wenn man nicht wüsste, dass es vom Bundesgeschäftsführer der Partei stammt, müsste man fast annehmen, es wurde von Gegnern der Partei ausgearbeitet...

Das Papier gibt mit seiner Grundorientierung „Wir wollen und werden regieren“ eine Orientierung für den Bundestagswahlkampf, der die Partei in das neoliberale Parteienkartell einordnet. Die fatale Schlussfolgerung aus den Wahniederlagen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern lautet „Weiter so“ auch bei der Bundestagswahl 2017.

Sinn einer Wahlstrategie (im Unterschied zur Gesellschaftsstrategie) ist es an erster Stelle, die potentielle Anhängerschaft zu motivieren und zu mobilisieren, die eigene Partei zu wählen. Die Orientierung aufs Regieren, die angeblich „provoziert“ („um zu mobilisieren“), verstärkt die inzwischen weithin ausgebreitete Stimmung „Warum sollen wir Linkspartei wählen, die gehören ja auch zu den etablierten Parteien, die wollen ja auch nur Ministerposten“.

Ein ähnlicher aufs Mitregieren (damals auch Tolerieren) ausgerichteter und mit dem Versprechen eines „politischen Richtungswechsels“ begründeter Kurs führte bei der Bundestagswahl 2002 zu einem Wahlergebnis von vier Prozent für die PDS. In Sachsen-Anhalt brachte dieser Kurs 2016 einen Verlust von mehr als sieben Prozent gegenüber 2011, in Mecklenburg-Vorpommern von gut fünf Prozent. Diesen Kurs damit zu rechtfertigen, dass man auf diese Weise das angenommene Wählerpotenzial von 16 Prozent erobern könne, überschreitet die Grenzen einer Illusion...

Das Papier ist darüber hinaus langweilig, langatmig (mit etwa 60.000 Zeichen) und klopft alle möglichen Sprüche („die Hoffnung muss zurück“, „Halt geben und Haltung zeigen“). Es fehlt eine tragfähige Analyse der sozialökonomischen und politischen Situation. Es missachtet alle geschichtlichen Erfahrungen einer erfolgreichen linken Politik und Strategie in Deutschland. Es verfälscht linke Politik zu einer „Willenslehre“.

Das Papier beinhaltet nicht nur auf eine falsche Wahlstrategie, sondern auch auf eine illusionäre Gesellschaftsstrategie. Eine ernsthafte Debatte über die Möglichkeiten politischer Gestaltung einer „besseren Gesellschaft“ oder eines „Richtungswechsels“ hat zweierlei zu beachten.

Die Linken haben es zum einen derzeit (seit Mitte der siebziger Jahre) mit einer weltweiten neoliberalen Offensive gegen die Interessen der Lohnabhängigen zu tun. Die Durchschnittsprofitraten des Kapitals in der gewerblichen Wirtschaft sanken von rund 30 Prozent auf um die zehn Prozent. Neoliberale Politik beinhaltet, mittels diverser Konterreformen der Staatspolitik einem weiteren Absinken der Profitraten entgegen zu wirken. Ein äußerst labiler Finanzmarktkapitalismus wirkt in die gleiche Richtung. Diese neoliberale Politik einer „regressiven Moderne“ (Oliver Nachtwey) ist zweifelsohne in die Krise geraten (kapitalismuskritische und antikapitalistische Stimmungen nehmen zu), aber sie ist nichtsdestoweniger machtpolitisch in Deutschland derzeit stabil abgesichert.

Die Linken haben zum anderen zu beachten, dass es im Parteiensystem kein linkes Lager gibt, das man für eine politische Wende aktivieren könne. SPD und Grüne stützen die neoliberale Kapitaloffensive. Ein Bündnis mit beiden Parteien ist nicht zu haben ohne Akzeptanz der Politik der Agenda 2010, der Kriegspolitik der NATO und der neoliberalen Globalisierung als wichtigste Ursache der Flüchtlingskrise. Im Erfurter Programm unserer Partei wird zu Recht die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse als „strategische Kernaufgabe der LINKEN“ bezeichnet. Ein solches Bündnis wäre der Abschied von dieser Kernaufgabe und zugleich der Abschied von einer Gesellschaftsstrategie der Schaffung von Gegenmacht und die Entwicklung von Gegenwehr gegen die neoliberale Politik und insofern politisch katastrophal und selbstmörderisch.